

- Porta Westfalica



Dienstag um 18 Uhr, die Auszählung in den Wahlbüros des Rathauses beginnt. Eine Stunde später steht fest, dass die Initiative Schulerhalt gewonnen hat – mit deutlichem Vorsprung. MT-Fotos: Dirk Haunhorst (© HAunhorst)

Porta Westfalica

Startschuss für Schulsanierung

Dirk Haunhorst am 13.12.2018 um 00:09 Uhr



SPD-Quintett: Fraktionschef Dirk Rahnenführer (rechts) verfolgt mit Parteifreunden die Entwicklung der Ergebnisse. Es war kein guter Abend für die rot-grüne Ratsmehrheit. Ihre Beschlüsse wurden mit dem Bürgerentscheid kassiert.

Porta Westfalica (mt). Die Politiker zollen der Initiative Schulerhalt Respekt für ihren Einsatz und gratulieren ihr zum Erfolg beim Bürgerbegehren. Zugleich richten die Fraktionen am Tag nach der Entscheidung den Blick nach vorn. Die Sanierung der Grundschulen müsse nun schleunigst angepackt werden, lautet die einhellige Meinung. In einem ersten Schritt wollen Politik und Verwaltung die Beschlüsse des Bürgerentscheids in die Haushaltsplanung einarbeiten. Viel Zeit bleibt den Akteuren nicht, die Verabschiedung des Etats 2019 ist Anfang Februar vorgesehen.

„Wir haben großen Respekt vor dieser basisdemokratischen Mehrheitsentscheidung“, schreiben SPD und Grüne in einer gemeinsamen Stellungnahme. „Wir haben dieses klare Wählervotum zu akzeptieren, auch wenn wir im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler und im Interesse unserer Stadt einen anderen Ausgang favorisiert hätten.“ Es sei zu schwierig gewesen, das hochkomplexe Thema vereinfacht rüberzubringen, damit es mit einer simplen Ja/Nein-Frage beantwortet werden kann.

„Jetzt müssen alle Beteiligten das Beste aus der Situation machen und die dringende Sanierung unserer Grundschulgebäude gemeinsam voranbringen.“ Diese neue Situation müsse beraten und dann mit einem veränderten Finanz- und Zeitrahmen in

die politische Beratung eingebracht werden. „Positiv bleibt festzuhalten“, so Rot-Grün, „dass die grundlegende Sanierung unserer Grundschulen nach vielen Jahren Stillstand nun endlich angegangen werden kann.“

Die CDU-Fraktion blickt kritisch auf die Rolle der Politik. Ihr sei es seit 2015 nicht gelungen, die Bürger mitzunehmen. Die CDU-Fraktion habe immer gefordert, offene Arbeitskreise zu bilden, in denen sich Politik und Bürger austauschen, um ein gemeinsames Ziel zu erarbeiten. „Leider zeigte sich die rot-grüne Ratsmehrheit dazu nicht bereit. Sie wollte ihre Pläne kompromisslos umsetzen.“ Die Quittung habe die Politik nun von den Bürgern bekommen. Das überaus eindeutige Ergebnis zeige, „wie sehr unsere Portaner Bürger sich den Erhalt der bestehenden Grundschulen wünschen“.

Die Sanierung der Grundschule Neesen sei aufgrund der Auflagen des Brandschutzes eines der vordringlichsten Projekte, meinen die Christdemokraten und fordern kreative Lösungen“. Die angedachte vorübergehende Ausgliederung der Grundschule in die nicht mehr im Betrieb befindliche Portaschule dürfe wegen der damit verbundenen Kosten von geschätzten 2,1 Millionen Euro nicht die einzige Lösung sein.

Das meint auch die FDP-Fraktion. Sie will in der Ratssitzung am Montag einen entsprechenden Antrag einbringen. Die Verwaltung soll eine Lösung erarbeiten, die eine Modernisierung und Sanierung des Standortes Neesen ohne aufwendigen Umzug nach Lerbeck ermöglicht.

Zum Bürgerentscheid schreiben die Liberalen, dass Bürgerbeteiligung für Politik nicht nur eine Worthülse sein dürfe, sondern gelebt werden müsse. Die Portaner hätten sich mit dem Bürgerbegehren erfolgreich dagegen gewehrt, dass die rot-grüne Mehrheit ihnen Entscheidungen überstülpte, ohne Einwände und Bedenken ernst zu nehmen. Die FDP hofft, dass die „entstandenen Gräben zugeschüttet werden, und im Interesse von Kindern, Eltern und Lehrern die Grundschulstandorte in Porta Westfalica kurzfristig bedarfsgerecht saniert werden“.

Heinz Hauenschild (parteilos) räumt bei der Schulsanierung den Grundschulen in Holzhausen und Hausberge Vorrang ein, danach Barkhausen. Hauenschild geht davon aus, „dass über einzelne Projekte noch geredet werden kann. „Beispielsweise halte ich es für sinnvoller, die Sporthalle in Eisbergen durch einen Neubau zu ersetzen und nicht zu sanieren.“

Die relativ hohe Beteiligung am Bürgerentscheid und das Ergebnis hätten eine deutliche Botschaft, meint der frühere Grünen-Politiker: Die Kernaussage ist, die Bürger bei wichtigen Entscheidungen mitzunehmen.“

Wie berichtet, stimmten 8.532 Bürgerinnen und Bürger mit Ja und damit für Erhalt und Sanierung sämtlicher Grundschulen, 3.252 votierten mit Nein. Somit waren 11.784 Stimmen gültig, Zu den 64 ungültigen zählten zum Beispiel jene Zettel, auf denen Ja und Nein angekreuzt war. Ein Wähler begründete dies schriftlich und meinte, dass es besser gewesen wäre, über jede Grundschule einzeln abzustimmen.

885 Stimmbriefe wurden von den Wahlvorständen erst gar nicht ausgezählt, weil einige Bürger offenbar Schwierigkeiten mit den Briefwahlunterlagen hatten. In den meisten Fällen (802) fehlte der unterschriebene Stimmschein (nicht zu verwechseln mit dem Ja/Nein-Stimmzettel). 38 Mal war dem Stimmbrief kein Umschlag beigelegt, außerdem fehlte 28 Mal die Versicherung an Eides statt.

Zum weiteren Verfahren: Der Stadtrat wird am kommenden Montag das Ergebnis des Bürgerentscheids offiziell feststellen. Danach erfolgt die öffentliche Bekanntmachung im Amtliches Kreisblatt.

Der Autor ist erreichbar unter (0571) 882 164 oderDirk.Haunhorst@MT.de

Kommentar: Denkmalsatz für die Basta-Politik

Der Sieg der Initiative Schulerhalt überrascht nicht. Denn die Frage im Bürgerentscheid, zu dem fast 30.000 Portaner aufgerufen wurden, war geschickt formuliert. Wer wollte schon gegen Erhalt und Sanierung der Grundschulen sein? Erstaunlich ist hingegen die große Resonanz auf das Bürgerbegehren und der deutliche Erfolg der Schulinitiative: Dass annähernd 12.000 Menschen ihre Kreuze machten und der Ja-Stimmen-Anteil mehr als 70 Prozent beträgt, hat kaum jemand erwartet. Bürgerbegehren samt Bürgerentscheid schafften, was sonst im zersiedelten Porta Westfalica die Ausnahme ist: stadtweites Interesse an einem politischen Thema und dorfübergreifende Solidarität.

Vorausgegangen war ein Scheitern der Politik. Vor drei Jahren waren sich sämtliche Ratsfraktionen einig, dass die Grundschule Neesen nach Lerbeck umziehen soll. Dann wollte sich die rot-grüne Ratsmehrheit mit einem riesigen schulpolitischen Investitionspaket ein Denkmal setzen. Ein überehrgeiziger Zeitplan, permanente Änderungen der Um- und Ausbauvarianten an den einzelnen Standorten sowie dramatisch steigende Kosten nährten Zweifel in der Öffentlichkeit, dass Politik und Verwaltung der Aufgabe gewachsen sind. Und als es längst nicht mehr um

Neesen/Lerbeck ging, sondern auch um die Schließung des Standortes Veltheim und das ungewisse Schicksal der Schule in Kleinenbremen, wurde die kritische Masse erreicht, die am Ende zum Bürgerbegehren führte.

Trotzdem hielten SPD und Grüne bis zum Schluss an ihren schulpolitischen Standpunkten fest. Die Hardliner in den Fraktionen verteidigten ihre Meinung bisweilen oberlehrerhaft. Rot-Grün erklärte einerseits die Bereitschaft zum Gespräch mit der Schulinitiative, wollte andererseits aber nicht mehr von der einmal getroffenen Entscheidung abrücken. Das trug Züge einer Basta-Politik. Dies dürfte viele Portaner zusätzlich motiviert haben, beim Bürgerentscheid mit Ja zu stimmen. Das eindeutige Ergebnis ist auch ein Denkmittel für eine merkwürdige, machtgeleitete Debattenkultur. Rot-Grün hat Glück, dass die Bürger erst 2020 an die Urnen gerufen werden. Wenn am nächsten Sonntag Kommunalwahl wäre ...

Das Ergebnis des Bürgerentscheids bildet die Grundlage, um die dringenden Schularbeiten endlich anzupacken. Drei Jahre lang wurde hauptsächlich geredet, geplant und gestritten, aber nicht gebaut. Das muss sich 2019 ändern. Auf diesen guten Vorsatz fürs neue Jahr können sich sowohl Befürworter als auch Gegner des Bürgerbegehrens einigen.

Copyright © Mindener Tageblatt 2018

Texte und Fotos von MT.de sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.